

A u f z e i c h n u n g

Oesterreichischer Vorschlag zu einer schweizerisch-österreichischen Zusammenarbeit bei der konsularischen Betreuung von vorübergehend im Ausland weilenden und in Schwierigkeiten geratenen Mitbürgern in Ländern der Dritten Welt.

Der Vorschlag wurde von den Herren Botschafter A. Agstner, Chef der Rechts- und Konsularabteilung im Wiener Bundesministerium für a.A., und Gesandter E. Hochleitner an ihrem Besuch in Bern am 11. und 12. Dezember 1978 den Herren Botschafter A. Hegner, Botschafter J. Martin, Minister M. Jaccard, H. Kaufmann und R. Heinis vorgetragen.

Die Oesterreicher stellten fest, dass wir in gewissen Ländern und Länderteilen Afrikas, Lateinamerikas und Asiens vertreten sind und sie nicht, und umgekehrt (letzteres allerdings weniger häufig). Sie möchten nun abklären, ob nicht eine Uebereinkunft möglich wäre, gemäss der in Ländern und Länderteilen, in denen der eine Staat nicht vertreten ist, dessen Staatsbürger von den Vertretungen des andern Staates konsularisch betreut werden könnten. Es handelt sich also um eine Art begrenzte Schutzmachtsfunktion in Friedenszeiten, für die die Wiener Konvention über den konsularischen Schutz die völkerrechtlichen Grundlagen bietet. Es wird unterstrichen, dass man an konsularischen Schutz im engeren Sinn denke, an Hilfeleistung für "gestrandete Mitbürger" im Sinne des österreichischen Runderlasses über Hilfeleistung an österreichische Staatsbürger in Not bei Aus-
./ landaufenthalten (Beilage, geht mit allen übrigen zur Verfügung gestellten Unterlagen an die Verwaltungsdirektion).

Eine solche Zusammenarbeit sei, so die österreichischen Gäste, nicht nur im Interesse der betroffenen Mitbürger, sondern habe auch eine politische Bedeutung als Demonstration österreichisch-schweizerischen Einvernehmens.

Ein österreichischer Beweggrund für den beschriebenen Vorstoss ist übrigens der folgende: Es scheint, dass man mit der Institution der Honorarkonsul² in manchen Fällen nicht sehr zufrieden ist und,

falls die Zusammenarbeit mit der Schweiz Gestalt annehmen würde, froh wäre, gewisse Honorarposten aufheben zu können.

Auf den Einwand, dass die schweizerischen Konsularbeamten überlastet seien und dass dies ein praktisches Hindernis für das Zusammengehen sei, entgegnen die Oesterreicher mit einer Liste der Haftfälle in der Dritten Welt (im Besitz der Verwaltungsdirektion), aus der hervorgeht, dass der Arbeitsanfall gering sein würde und zudem an Orten zu erwarten sei, an denen Oesterreich eine eigene Vertretung hat.

Praktisch gelte es, u.a. folgende Fragen abzuklären:

1. Nach einem Vergleich des Vertretungsnetzes müssten die Kooperationsbereiche gebietsmässig abgesteckt werden.
2. Wie wird die Zusammenarbeit technisch durchgeführt? Es sei z.B. klar, dass jedes Land nach seinen eigenen Vorschriften arbeiten würde. Der Kontakt (Bitte um Hilfeleistung, Abrechnung, etc.) könnte über die zuständige Botschaft laufen. Oesterreich würde sich z.B. natürlich auch verpflichten, die Auslagen zu vergüten und sie dann selber bei seinen Staatsbürgern einzuziehen.
3. Die jeweiligen Residenzstaaten müssten im Falle eines österreichisch-schweizerischen Zusammengehens notifiziert werden.
4. Form der Vereinbarung: Evtl. Briefwechsel zwischen Departementschef und Aussenminister.

Es wird noch daran erinnert, dass auch die Benelux-Staaten und die skandinavischen Länder ähnliche Vereinbarungen geschlossen haben.

W. Schmid

(Wilhelm Schmid)

Beilagen erwähnt

Kopie an:

| | |
|-----------------------------|-----------------|
| Herrn Botschafter J. Martin | (mit Beilagen) |
| Herrn Botschafter A. Hegner | (ohne Beilagen) |
| Herrn Minister M. Jaccard | (" ") |
| Herrn H. Kaufmann | (" ") |
| Herrn R. Heinis | (" ") |
| Schweiz. Botschaft in Wien | (" ") |